



2. September 1969: Arbeiter der Hoesch AG streiken spontan – ihre Forderungen werden nur Stunden später akzeptiert.

KLAUS ROSE/2

Geschichtsarbeiter

Der spontane Streik der Beschäftigten der Dortmunder Westfalenhütte am 2. September 1969 gilt heute als Meilenstein der deutschen Arbeitsgeschichte. Die Frage, wie solche Proteste zur Stärkung einer sozialen Demokratie beitragen können, ist heute so aktuell wie vor einem halben Jahrhundert.

Von Peter Birke

Am 2. September 1969 begannen Beschäftigte der Stahlwerke von Hoesch in Dortmund einen Arbeitskampf, der aus dem Rahmen fiel. Nach der Rezession der Jahre 1966/67 boomte die Montanindustrie seit einigen Monaten wieder, und es wurden Wachstumsraten wie in den 1950er Jahren erreicht. Im Sommer 1969 waren Auslastung und Arbeitsdruck stark gestiegen. Die Tarifierhöhungen hielten weder mit denen in der Metall- und Elektroindustrie mit, noch schienen die Löhne angesichts des wachsenden Mangels an Arbeitskräften noch angemessen. Die Beschäftigten der Westfalenhütte, nahe der Dortmunder Innenstadt, traten vor diesem Hintergrund zuerst in einen sogenannten wilden Streik. Der Ausstand war nicht geplant, und er fand während der in der Laufzeit von Tarifverträgen geltenden Friedenspflicht statt. Und die zuständige Gewerkschaft IG Metall hatten die Stahlwerker ebenfalls nicht um Erlaubnis gebeten.

Der Erfolg der Streikenden sprach sich herum, weitere Demos folgten

Im Werk bildete sich ein von Abteilung zu Abteilung anwachsender Demonstrationzug. Unterwegs wurden Schilder mit der Forderung nach Lohnerhöhungen gemalt. Die Demonstration versammelte sich schließlich vor Tor 1 der Hütte. Dort befand sich die zentrale Verwaltung des Stahlkonzerns. Arbeitsdirektor und Betriebsrat vermochten zunächst nicht, die Gemüter zu beruhigen. Die Stimmung war gehoben. Nicht die „Internationale“ wurde gesungen, aber „So ein Tag, so wunderschön wie heute“. Die Streikenden okkupierten einen Lautsprecherwagen der Werksfeuerwehr und richteten etwas ein, was heute wohl „offenes Mikrofon“ heißen würde. Ein Werkstudent soll die Besetzung des Verwaltungsgebäudes vorgeschlagen haben, nicht ohne Resonanz. Dort eingedrungen, wurde allerdings vor allem festgestellt, dass die Direktion bereits die Flucht ergriffen hatte. Als eine mäßige Lohnerhöhung versprochen wurde, erhöhten die Streikenden spontan ihre Forderung auf 30 Pfennig. Für alle. Pro Stunde.

Nach intensiven Stunden, Demonstrationen durch die Stadt, einem „Besuch“ beim Vorstandsvorsitzenden (der nicht zu Hause war) wurde schließlich die Forderung der Arbeiter akzeptiert. Ein großer Erfolg der Streikenden, und dies sprach sich in der Montanindustrie schnell herum. In den nächsten Tagen ahmten zwischen 140 000 und 250 000 Menschen – je nachdem, auf welche Quelle man sich beruft – die Aktion bei Hoesch nach: an Ruhr und Saar, in der Stahlindustrie und auf einzelnen norddeutschen Werften. Fast überall wurden die Forderungen sofort oder sehr schnell akzeptiert, lediglich in der HDW-Werft in Kiel und auf der Klöckner-Hütte in Bremen entwickelten sich heftige, tagelange Auseinandersetzungen. Der Schock, den die bis Mitte des Monats anhaltende Streikwelle bei Unternehmensverbänden und Management, aber auch bei Gewerkschaften auslöste, trug danach dazu bei, dass teils vorzeitig, teils in den regelmäßigen Tarifrunden bis 1971 Lohnerhöhungen in einem Maßstab vereinbart wurden, der für die bundesdeutsche Geschichte bis heute einmalig ist.

Aber nicht nur deshalb, sondern aus drei weiteren Gründen gelten die Septemberstreiks heute als Meilenstein der bundesdeutschen Arbeitsgeschichte. Erstens kam es danach zu einem Umbruch in den Gewerkschaften, in denen sich nach dem September eine starke und sichtbare linkskritische Opposition entwickelte. Auch die IG Metall profitierte bis Mitte der 1970er

Jahre von den Streiks und dem gesellschaftlichen Aufbruch, so durch den Beitritt von damals „untypischen“ neuen Mitgliedern wie Auszubildenden, Migranten, Frauen. Zweitens schlossen die Septemberstreiks an eine transnationale Streikwelle an. Im Mai und Juni 1968 hatte sich in Anschluss an die Revolte an den Universitäten in Frankreich der größte Massenstreik der europäischen Nachkriegsgeschichte entwickelt. Von den Stahlwerken in Kiruna im äußersten Norden Schwedens über das staatssozialistische Polen, die USA und Südamerika – überall kam es zu wilden, teils explizit verbotenen, fast immer nicht von den offiziellen Gewerkschaften organisierten betrieblichen Kämpfen. In der CSSR hielten sich die selbstverwalteten Betriebe noch eine Weile, nachdem die Panzer der Warschauer-Pakt-Staaten dem „Frühling“ in Prag ein frühes Ende gemacht hatten. Vor allem diese transnationale Dimension war es schließlich drittens, die auch das Interesse von Studierenden und Akademikerinnen und Akademikern für die nun manchmal als „neu“ und „anders“ apostrophierte Arbeiter(innen)bewegung weckte. Während die Initiativen der Arbeitenden in Polen oder der CSSR schnell erstickt wurden, war im kapitalistischen Westen das akademische Interesse einer der wichtigsten Ausgangspunkte für eine sich in den 1970ern und danach entwickelnde kritisch-marxistische Arbeitssoziologie.

Dabei war das Verhältnis von Arbeitern und (jungen) Akademikern alles andere als unkompliziert. Schon am Anfang der Streikwelle, am 2. September vor dem Verwaltungsgebäude von Hoesch, begegneten sich Stahlwerker und Studenten mit gegenseitigem Interesse, aber auch mit Misstrauen. Interviews mit Zeitzeugen, die Ute Bönnen und Gerald Endreß für eine ZDF-Doku 2016 gemacht haben, zeigen jene Mischung aus Respekt und Abwehr. So erinnert sich Werner Ness, damals Schmelzschweißer: „Da war auch ein junger Mann dabei. Student, Werksstudent, vielleicht auch gerade von der Uni gekommen, der in der Lage war, das Mikro an sich zu nehmen und fast ein Einpeitscher zu sein.“ Und Werner Keuthen, damals Betriebsschlosser, ergänzt: „Weil, ich sag mal, ist ja auch gar nicht einfach, die Truppe über ein, zwei Tage bei der Stange zu halten. Der konnte das.“ Zugleich wurden im Saarland während einer Demonstration von Studierenden mitgebrachte rote Fahnen von den Arbeitern verbrannt. In der je unterschiedlichen Reaktion der Arbeiter mag es eine Rolle gespielt haben, wie das Verhältnis

zwischen missionarischem Eifer und Neugier bei den jungen Leuten ausgeprägt war.

Aber es gab auch eine andere, für die aktuelle Bedeutung der Erinnerung an die Streiks wohl ebenso wichtige Dimension: Die meisten Streikenden verstanden sich als „unpolitisch“. Diese Haltung entsprach zunächst einer tief eingegrabenen Abwehr politischer Instrumentalisierung im Ost-West-Konflikt – eine Instrumentalisierung, bei der die Forderungen der Arbeitenden noch stets das Nachsehen hatten, weil die Unternehmen eine Bewegung hatten lange Zeit nur als „kommunistisch unterwandert“ denunzieren müssen, um jegliche Ansprüche abzuschmettern. Diese Haltung war aber auch insofern authentisch, als man sich auf Arbeiterseite wirklich für „unpolitisch“ hielt. So beobachtete beispielsweise am 6. September eine neugierige SDS-Gruppe vor der Grube „Jägersfreude“ in einem Stadtteil von Saarbrücken, dass „ein Bergmann die Forderungen seiner Kollegen [einsammelte]. Jede überhaupt vorgebrachte Forderung wurde in den Katalog aufgenommen. [...] Teilweise entspringen sie ständigem Bewußtsein, teilweise gehen sie weit darüber hinaus, zum Beispiel Stundenlohn statt Gedinge (Akkordlohn); oder 1.000.- DM netto, was wenigstens von einem Teil als Einheitslohn verstanden wurde.“ Hinzu kamen Alltagsforderungen im engeren Sinne – bessere hygienische Bedingungen, auch bessere Wohn- und Lebensverhältnisse. In ihrer Gesamtheit – und das ist der wichtige Punkt – sprengte der Katalog der „Jägersfreude“-Bergleute den bürgerlich-liberalen Begriff des „Politischen“.

Nach dem Streik mussten Lehrlinge die leeren Bierflaschen aufsammeln

Der Forderungskatalog bewegte sich in einer vermeintlich „apolitischen“ Sphäre, war und blieb verknüpft mit Erfahrungen aus dem Alltag eines jeden. Mit E. P. Thompson kann man von einem Ausdruck einer „moralischen Ökonomie“ sprechen – einer bei den Arbeitern in der Montanindustrie breit geteilten Vorstellung davon, was gerecht und ungerecht ist. Viel stärker als in den meist ausschließlich rezipierten Arbeitskämpfen der Stahlwerker kam dieses Moment 1969 in den Bergwerken zum Ausdruck, wo wilde Streiks seltener von gewerkschaftlichen Aktivistinnen und Aktivistinnen organisiert wurden. Zwar kamen auch in den Festgeldforderungen bei Hoesch und in anderen Stahlwerken Vorstellungen einer „alten“, universalisti-

schen und egalitären Arbeiterkultur zum Ausdruck: „Alle sollen das Gleiche bekommen, denn das Brot ist für alle gleich teuer geworden.“ Und es ging auch hier gegen den gewerkschaftlichen Mainstream – dem der Erhalt der Hierarchie zwischen Facharbeitern und Hilfskräften und die entsprechenden Prozentforderungen damals eiserne Regel war.



Peter Birke hat als Drucker gearbeitet und danach Geschichte und Politik studiert. Er lehrt am Institut für Soziologie der Georg-August-Universität Göttingen. PRIVAT

Aber in den Forderungen der Bergleute fand man darüber hinaus utopische Züge wie den Einheitslohn für alle und zudem Elemente, die direkt mit dem Allgemeinwohl verknüpft waren. Ihre Aktionen waren dabei weniger zielgerichtet, und sie blieben hinsichtlich ihres universalistischen Elements isoliert. Dass sich auch die dort Beschäftigten als „unpolitisch“ verstanden, verstärkte dies. In wenigen Tagen wurden die Ausstände mit Hilfe der IG Bergbau zerschlagen.

Das große Rätsel, das die Septemberstreiks aufgeben, ist auch in Bezug auf die Nachgeschichte mit dem Verhältnis zwischen Isolation und Verbreiterung, im Grunde hochpolitischen Alltagsforderungen und unpolitischem Selbstverständnis verbunden. Die Arbeiter der „Jägersfreude“ oder der „Westfalenhütte“ waren sicher keine Antiautoritären. Nachdem der so wunderschöne Tag zu Ende war, mussten, so wird bei Bönnen und Endreß berichtet, selbstverständlich die Lehrlinge die leeren Bierflaschen einsammeln. Sonst setzt es was, hieß es. Aber dennoch kaperten in den Jahren darauf eine Lehrlingsbewegung, aber auch die Arbeitskämpfe von weiblichen und migrantischen Beschäftigten das universalistische Motiv der Septemberstreiks. Bei Hella in Lippstadt wurden bereits im September 1969, bei Pierburg in Neuss in den Jahren darauf die sogenannten Leichtlohngruppen von Industriearbeiterinnen bekämpft und überwunden. Die sogenannten Gastarbeiter nutzten die Gelegenheit, selbst Festgeldforderungen zu stellen und viele andere Aspekte ihrer Diskriminierung anzugreifen – nicht nur bei Ford in Köln im August 1973, sondern davor und danach in Hunderten weiteren Betrieben.

50 Jahre nach Ende der Septemberstreiks ist eine der wichtigsten offenen Fragen jene nach den Wegen der Ausbreitung solcher am Allgemeinwohl und am Universalismus orientierten Momente sozialer Bewegungen. Selbstverständlich gibt es wilde Streiks auch heute noch, als „heimlicher“ Protest gegen Entlassungen, als Widerstand gegen sich verschlechternde Arbeitsbedingungen, sowohl unsichtbar als Verweigerungshaltung im Arbeitsalltag als auch sichtbar als massenhaftes „Krankschreiben“ wie zuletzt etwa bei Fluggesellschaften. Das ist interessant, wichtig scheint mir dennoch darüber hinaus der Blick auf die Verwandtschaft zwischen der historischen September-Bewegung mit aktuellen Sozialprotesten in einem breiteren Sinne. So findet sich in Europa beispielsweise bei den französischen Gelbwesten jene Melange aus „unpolitisch“ und „alltagspolitisch“, ähnlich wie in den Septemberstreiks.

Alles in allem ist die Frage, wie solche Proteste zur Stärkung einer (sozialen) Demokratie beitragen können, die nicht vor dem Werkstor aufhört, heute so aktuell wie vor 50 Jahren. Eine Demokratie freilich, die nicht mit einem reinen Gedanken, sondern mit einer höchst widersprüchlichen und konfliktreichen Praxis beginnt.



Erst wurde die „Bild“-Zeitung verbrannt, dann die Hauptverwaltung besetzt.